



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/79

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
7. April 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Internationale Kontrolle der Schwerind.	S.1
Zwei Tagungen zur Europa-Frage	S.3
FDP provoziert die Gewerkschaften	S.5
Glosse zum Adenauer-Interview	S.6
Adolf Schönfelder 75 Jahre (<u>5.April</u>)	S.7

Sozialistische Wirtschaftsexperten tagten

R.A.P. Die vom 26. - 31.3.1950 in Witten/Ruhr durchgeführte Arbeitstagung des Komitees der Wirtschaftssachverständigen der

COMISCO war die vierte ihrer Art. Vor Witten haben Tagungen in Buscot Park (England), Bennekom (Holland) und Örenäs (Schweden)

stattgefunden und voraussichtlich wird Ende September ds.Js. eine Konferenz in Frankreich folgen. Die Aufgabe solcher Konferenzen ist

die Ermittlung gemeinsamer Standpunkte in wichtigen internationalen Wirtschaftsfragen, die nicht in Form von Entschliessungen,

sondern als Empfehlungen an die COMISCO weitergeleitet werden, als gemeinsames Rüstzeug für die angeschlossenen Parteien.

Das Sachverständigenkomitee arbeitet nach einer bestimmten Technik. Vor dem jeweiligen Zusammentreten werden von den betei-

ligten Parteien sogenannte Back-ground Papers zusammengestellt, das sind Lageberichte der einzelnen Länder zu dem zur Beratung

gestellten Thema. Sachverständige verfertigen Spezialberichte über das Grundsätzliche und Allgemeine der Themen, so dass die Delegier-

ten, bevor sie sich versammeln, mit den Grundlagen der Diskussion bereits vertraut sind. Auch die Wittener Konferenz konnte in die

Beratung ihres Themas, "Die internationale Kontrolle der Grundstoffindustrien mit besonderer Berücksichtigung des Problems der

Ruhr", sofort eintreten.

Zu den "Prinzipien der internationalen Kontrolle" wurde allgemein erkannt, dass die Voraussetzung der angestrebten wirksamen

Kontrolle erst mit der Nationalisierung (Sozialisierung) gegeben ist; die Internationalisierung beginnt also sozusagen "at home".

Dieses bedeutet keinesfalls, dass ohne vorausgegangene Nationalisierung jede internationale Kontrolle unmöglich ist, denn immer-

hin ist die durch die internationalen Kartelle des Privatkapitals ausgeübte Kontrolle die bisher erfolgreichste gewesen. War jedoch

für die Kapitalien der geldliche Erfolg entscheidend, so ist für die Sozialisten die bestmögliche Produktion zum Zwecke der opti-

malen und billigsten Versorgung ausschlaggebend. Darum ist in den Prinzipien der sozialistischen Kontrolle die Sicherung der

Vollbeschäftigung enthalten, woraus sich dann die Frage ergibt, ob Länder mit der Politik der Vollbeschäftigung mit solchen, die den

Losungen des Liberalismus folgen, zum Zwecke einer effektiven internationalen Kontrolle der Märkte, der Investitionen, der Pro-

duktion, der Preise, der Lohn- und Sozialpolitik zusammenarbeiten können.

Zu den "Formen der internationalen Kontrolle" wurde festgestellt, dass einige brauchbare Organe bereits vorhanden sind. Es

wurde auf das Internationale Arbeitsamt, die Internationale Bank, auf die E.C.E. in Genf und auf die OEEC in Paris hingewiesen.

Als Informationsorgan müsste die E.C.E. weiter ausgebaut und als Exekutivorgan die OEEC dem Europa-Rat in Strassburg angeschlossen

werden. Damit würde aus vielen nationalen Souveränitäten die europäische Souveränität geschaffen. Zur Zeit ist der Europa-Rat

kein autonomes europäisches Parlament, das seine Autorität auf Mehrheitsbeschlüsse gründen kann, da alle Entscheidungen auf der

Grundlage der Übereinstimmung ausgehandelt werden müssen. Die Untersuchung der Möglichkeiten, der Prinzipien und der Formen einer

internationalen Kontrolle konnte selbstverständlich nicht an den bestehenden und noch zu erwartenden Kartellen vorübergehen. Nicht

alle durch Kartelle vorgenommene² Beschränkungen sind eo ipso^{gegen} die allgemeinen und öffentlichen Interessen gerichtet, wo sie dies

jedoch sind, müssen sie beseitigt werden. Beispielsweise ist dieser Fall gegeben bei kartellmässiger Beschränkung der Produktion zum

Zwecke der Aufrechterhaltung eines kostenmässig nicht mehr gerechtfertigten Preisniveaus und bei Bedrohung der Vollbeschäftigung.

Zur Kontrolle der Kartelle wäre zunächst ein Kartellgesetz in den einzelnen Staaten notwendig, das zur Registrierung der Kartelle und zu Absprachen anhält und gerichtliche Entscheidungen zwecks Änderung oder Annullierung getroffener Vereinbarungen erzwingen kann. Dann aber müssten die verschiedenen nationalen Gesetzgebungen kodifiziert, Information und Registrierung europäisiert und - möglichst beim Europa-Rat - eine Instanz eingerichtet werden, die von sich aus die verschiedenen staatlichen Instanzen aktivieren und vor den staatlichen Kartellgerichten auftreten kann.

"Das Problem der Ruhr" wurde als ein allgemein europäisches erkannt. Es wurde bedauert, dass zwischen der Ruhrbehörde und der OEEC keinerlei Verbindung besteht. Die Meinung herrschte vor, dass die Kontrolle der europäischen Grundstoffindustrien über den Rahmen der Ruhrbehörde hinauswachsen müsse. Leider wird das als geographische Realität gegebene technisch-ökonomische Ruhrproblem von dem ebenso geographisch gegebenen politisch-militärischen Ruhrproblem gestört, wobei im letzteren geschichtliche Erfahrungen in der neuen europäischen Situation nach dem zweiten Weltkrieg wohl zu emotionellen Vorurteilen geworden sind.

Falls die COMISCO den Vorschlag ihrer Sachverständigen akzeptiert, wird man sich im Herbst in Frankreich über "Internationale Zahlungen, Handel und Währung - die ökonomischen, sozialen und monetären Konsequenzen der Liberalisierung des Handels" unterhalten.

- o - o -

Strassburg und Den Haag

sp. Um die Organisation und, zum ändern, um die Verteidigung Europas ging es in zwei Konferenzen in Strassburg und im Den Haag. Es wurden Beschlüsse gefasst, die die Entwicklung auf dem jeweiligen Gebiet ohne Zweifel vorwärts treiben, aber das Tempo, in dem das geschehen soll, ist bezeichnenderweise recht unterschiedlich.

In Strassburg hat man sich auf die Bildung eines neuen Ausschusses geeinigt. Der frühere belgische Aussenminister Spaak, eine der angesehensten Persönlichkeiten der internationalen Politik, wird ihm vorstehen. Sieben Mitglieder des Ministerrates und sieben Mitglieder der beratenden Versammlung werden ihm angehören. Eine andere Meldung spricht nur von einem Neuner-Ausschuss. Aber das erstrebte Exekutivorgan wird er kaum darstellen. Seine Kompetenzen sind noch nicht klar abgegrenzt.

Man hat frohlockt, dass sich auch Bevin nach anfänglichem

Sträuben einverstanden erklärt habe. Womit? In seinem Vorschlag heisst es u.a. wörtlich: "Das Komitee wird keine Abstimmungsbeschlüsse fassen. Es wird sich dagegen bemühen, mit Hilfe periodischer Besprechungen gemeinsamer Probleme bessere Beziehungen zwischen dem Ministerausschuss und der beratenden Vollversammlung herbeizuführen". Das ist nicht viel, es ist sogar sehr wenig. Auch die unter Bidault arbeitende Kommission für allgemeine Angelegenheiten hatte einen Vorschlag ausgearbeitet, der etwas weiterging. Aber wer die Hartnäckigkeit Bevins kennt, auf eigenen Vorstellungen zu beharren, wird skeptisch sein. So ist im Grunde alles auf die nächste Zusammenkunft der entscheidenden Männer zurückgestellt, die voraussichtlich Anfang Mai in London stattfinden wird.

Bei dieser Gelegenheit werden auch die Beschlüsse der Konferenz im Den Haag überprüft werden, die im Hinblick auf die Verteidigung Westeuropas Ende der vergangenen Woche gefasst wurden. Am 8. Mai tritt die höchste Instanz des Nordatlantikpaktes zusammen. Das gewichtigste Wort wird hier der Vertreter der USA, vermutlich Aussenminister Acheson selbst, zu sprechen haben.

Man hat aus den bisherigen Beratungen sowohl des Militär-Ausschusses der Mitgliedsstaaten als auch aus den Besprechungen der Finanzminister den Eindruck, dass auf diesem Gebiet mit erheblich mehr Schwung gearbeitet wird. Am letzten Sonnabend wurde der vorgelegte Verteidigungsplan einstimmig angenommen, in London wird man ihn zweifellos bestätigen. Die Frage der deutschen Wiederaufrüstung soll im Den Haag keine Rolle gespielt haben, wohl aber die Möglichkeit der militärischen Einschaltung Spaniens. Man hat sich angeblich auf einen Fünfjahresplan geeinigt. Die Waffenlieferungen sind, wie man weiss, bereits seit einiger Zeit im Gange.

Der Unterschied zwischen Strassburg und Den Haag ist unverkennbar und für den Europäer nicht sehr schmeichelhaft. Es geht in erster Linie um Europa, trotzdem liegt die grössere Zurückhaltung und Schwerfälligkeit offenkundig bei den verantwortlichen europäischen Politikern; die grössere Bereitschaft zu schnellerem Handeln, wie so oft bei den Amerikanern, die man in den letzten Jahren mehr als einmal die besten Europäer genannt hat. Da sie es sind, bei denen das Schwergewicht der Macht ruht, liegt darin gleichzeitig ein gewisser Trost.

Verantwortungslose Sensationsmache

sp. Die scharfe Kampfansage des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Rechtsradikalismus, die Anfang März erfolgte, war für diese Kreise eine unangenehme Überraschung. Sie mussten erkennen, dass die Gewerkschaften es unter keinen Umständen zu einem zweiten 1933 kommen lassen wollen.

Schon daraufhin setzte eine Kampagne von der FDP bis zur SRP ein, in der diese Beschlüsse des DGB als Gefahr für die Demokratie hingestellt wurden. Einer Hamburger Pressekorrespondenz, die dafür bekannt ist, in ihren Berichten bedenkenlos Sensationen um jeden Preis zu bringen, blieb es vorbehalten, den Schritt von der Verdächtigung zur falschen Berichterstattung zu tun.

Da soll ein "Exekutiv-Rat des Deutschen Gewerkschaftsbundes", den es überhaupt nicht gibt, beschlossen haben, "eine Organisation von Arbeitern für den Fall von Strassenkämpfen ins Leben zu rufen". Weiter ist von einem "Hauptquartier an der Ruhr", von "Massnahmen zur Selbstverteidigung" und von einem "gut zentralisierten taktischen Verteidigungsverband" die Rede, den der DGB gegebenenfalls aufzuziehen vorhabe.

Eigentlich fehlt jetzt nur noch ein Gesetz "zum Schutz der Verfassung", das die Möglichkeit gibt, im Verein mit reaktionären Richtern zur Verteidigung der Demokratie aufzurufen. Dann wäre für willfährige Bundesorgane, falls sie den Bericht dieser Korrespondenz für bare Münze nehmen, das Stichwort zum Eingreifen gegen die Gewerkschaften gegeben.

Nun, noch ist es nicht so weit, und es wird auch nicht so weit kommen, wenn wir wachsam sind. Immerhin fand sich eine niedersächsische "überparteiliche Tageszeitung", die diesem mehr oder weniger bewussten Provokationsversuch aus bekanntermassen fragwürdiger Quelle ihre Spalten öffnete, ohne auch nur den Versuch unternommen zu haben, die Richtigkeit der, wie die Pressestelle des DGB-Bundesvorstandes feststellte, frei erfundenen Behauptungen nachzuprüfen.

Den Gipfel leistet sich ein verantwortliches politisches Gremium. Hier kann weder Unkenntnis, noch geschäftliche Sensationsmache zur Entschuldigung dienen - hier wird einfach blinde Gegnerschaft sichtbar, die den Anlass benutzt, dem demokratischen Gedanken zu

schaden, wo es nur möglich ist. Sollten hier auch die Inspiratoren der erwähnten Falschmeldung zu suchen sein?

Der niedersächsische Landesdienst der FDP vom 2.4.1950 gibt bekannt:

FDP zu den Beschlüssen des DGB.

Der Vorstand des Landesverbandes der FDP Niedersachsen hat in seiner Sitzung am Sonnabend zu den in der Presse veröffentlichten Beschlüssen des Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Erklärung abgegeben:

Die Beschlüsse des Exekutiv-Rates des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vorbereitende Massnahmen für Strassenkämpfe zu treffen, stellen von seiten der radikalen Marxisten das erste Signal zum Bürgerkrieg dar. Unter den fedenscheinigsten, der Ostzonenpropaganda entnommenen Vorwänden werden Terrormassnahmen gegen Städte und Gemeinden, wie die Unterbrechung der Wasser- und Stromversorgung angekündigt, was als erste Etappe zu gewaltsamen Umsturzversuchen gewertet werden muss. Die FDP fordert daher die Bundesregierung auf, sofort schärfste Massnahmen gegen solche rechts- oder linksradikalen Elemente zu ergreifen, die versuchen, als Saal- oder Selbstschutz getarnte Bürgerkriegsverbände aufzustellen.

Wenn der DGB gegenüber dem Hamburger Informationsdienst und der "überparteilichen Tageszeitung" von "verantwortungsloser Sensationsmache" spricht, so wird die Stellungnahme der FDP mit anderen Massnahmen beantwortet werden müssen. Wir wollen den Gewerkschaften darin nicht vorgreifen.

- o - o -

Am Frühstückstisch

-ebe- Am Frühstückstisch in seiner Privatvilla in Rhöndorf, gewissermassen mit einem Fuss auf dem Trittbrett des D-Zuges, der ihn am Sonntagvormittag noch nach München bringen sollte, gab der Bundeskanzler wieder einmal ein Interview.

Fragen auf Leben und Tod Europas, wie sie Adenauer hier wieder einmal anschnidet, verlangen zu ihrer Behandlung und Beantwortung mehr als die Intuition eines einzelnen und die Improvisation eines Gespräches.

Zum dritten Mal hat Adenauer ohne Rücksprache mit dem Kabinett, dem Auswärtigen Ausschuss, ganz zu schweigen von der Rückendeckung durch das Parlament, Politik zu machen versucht. Ohne Parlament - für das er gerade im Hinblick auf die Europa-Union erweiterte Vollmachten fordert, weil "wirkliche Fortschritte nur durch das Parlament erzielt werden können und nicht durch die Bürokratie", womit er die "Ministerien" meint.

Warum beginnt der Bundeskanzler damit nicht zu Hause? Solange er das nicht tut, wird ihm nicht nur das deutsche Volk und sein

Parlament, sondern werden ihm auch die europäischen Staaten und Par-

lamente das Recht abzusprechen, sich über diesen Mangel in der Europa-Organisation aufzuregen.

Doppelt unangenehm wirkt deshalb der schulmeisterliche, arrogante Ton gegenüber den souveränen Staaten Europas und eine geradezu peinlich-taktlose Entgleisung ist es, wenn Adenauer frühere deutsche Generale als Kronzeugen für militärische Belehrungen aufruft. Hat Deutschland eigentlich den Krieg gewonnen?

Diese Art selbstherrlicher Politik mit Stammtischargumenten ist der Schaffung des erstrebten Vertrauensverhältnisses innerhalb der europäischen Völkerfamilie nicht dienlich. Andere Dinge, die von der Gegenseite kommen, sind es auch nicht. Aber das ist keine Entschuldigung, denn man kann nicht fremde Fehler durch eigene kompensieren.

- 0 - 0 -

Adolf Schönfelder

Auf Plattdeutsch sagte der 74-Jährige einem Gratulanten, der ihm einen ruhigen Abend wünschte: "Ach nö, ich will noch einige

Jahre Erfahrungen sammeln, man kann nie wissen, wie man die mal gebrauchen kann". Das war vor einem Jahre. Am 5. April wird der

Präsident der Hamburger Bürgerschaft, Adolf Schönfelder, 75 Jahre alt.

Wir dürfen sicher sein: Er wird weiter Erfahrungen sammeln und er wird sie mitteilen und ausbreiten und mit ihnen anderen den Weg

weisen, freundlich, humorvoll, väterlich, weise und auch mit strenger Direktive. Denn Adolf Schönfelder war stets im besten Sinne

ein vollblütiger Mensch. Dazu Sozialist, beharrlich in der Gewissheit, dass er politisch auf dem rechten Wege sei, Parteifunktionär,

der mit Eifer und Fleiß warb, kassierte, Flugblätter verteilte, redete und überzeugte und der bekannte, auch als es gefährlich wurde.

Er war ein Junge aus der Volksschule, die für ihn eine Schule des Volkes war und heute noch immer ist, ein Zimmerer, der sein

Handwerk erlernte und dabei erfuhr, dass Können und Kunst aus gleicher Wurzel stammen. Mit dem Werk der Hände verband er das des

Geistes und auch in der nicht gegenständlichen Welt zimmerte er mit sicherer Hand und festem Sinn manches feste Dach, unter dem

suchende Menschen Schutz und Hilfe und Frieden fanden. "Heute wollen sie alle studiert haben, sie sprechen lateinisch und eng-

lisch und oft verstehen sie gar nicht deutsch", bemerkte er einmal.

Bis zum dreissigsten Jahre war er Zimmerer. Er war Gewerk-

P/4/79

- 8 -

3.4.1950

schaftsmitglied, wurde Sekretär und später auch Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands. Er war Mitglied der SPD von jungen Jahren an, heute ist er Vorsitzender der Kontrollkommission der Gesamtparteien. Seine politischen Freunde riefen ihn in viele wichtige Ämter, nicht sehr frühzeitig, aber als eine natürliche Weisheit ihn vor anderen auszeichnete. Er musste sie sich hart erwerben und besitzt sie darum umso sicherer. 1919 trat Schönfelder in die Bürgerschaft der Hansestadt Hamburg ein, sechs Jahre später wurde er Senator, dann Polizeiherr und als Hitlers Diktatur überwunden war, unter der auch er unmittelbar als Häftling zu leiden hatte, reif ihn das Vertrauen seiner Mitbürger wieder in das Amt, er wurde Bürgermeister und dann Präsident der Bürgerschaft, der er noch heute vorsteht und die er meisterlich leitet. Für Hamburg kam er in den Parlamentarischen Rat und wurde dort Vizepräsident; er arbeitet im Deutschen Städtetag an verantwortlicher Stelle mit und ist so frisch, so bereit zur Mitarbeit und so energisch im Vorwärtsdrängen, immer mit unter den ersten, dass nicht viele, die ihn kennen, ihm die 75 Lebensjahre werden glauben wollen.

Am 5. April 1950 vollendet er sie. Das ist ein Anlass, dieses unentwegten Mitkämpfers der sozialistischen Sache zu gedenken und ihm zu danken, für seine Arbeit, für seinen festen Glauben, für sein Vorbild als demokratischer Sozialist und als gütiger, lebenswerter Mensch, als den ihn alle ehren und schätzen, die je - als Freund oder Gegner - seinen Lebensweg kreuzten.

Fritz Säger

- 6 - 0 -

Verantwortlich: Peter Raunau